

Der Erste Weltkrieg und die Ära der Hyperinflation

1. Die Wirtschaft im Ersten Weltkrieg (1914–1918) (HARDACH 1973; RITSCHL 2006)

a. Mobilisierung von Ressourcen für die Kriegswirtschaft. Der 1. WK war der erste Krieg zwischen weitgehend industrialisierten Ländern. Dauer, moderne Kriegstechnik (»Materialschlachten«) u. große Heere führten dazu, dass die Belastbarkeit einer Wirtschaft zu einem wichtigen Erfolgsfaktor wurde. Zentrale Herausforderung in einer Kriegswirtschaft ist der Ressourcentransfer vom zivilen in den militärischen Sektor: Anteil der Kriegsausgaben am Volkseinkommen stieg bis 1918 auf 49%. In Verbindung mit Kriegswirtschaft Verknappung von Produktionsfaktoren: (1) Einberufung von Arbeitskräften zum Militär: 1914 23%, 1918 61% der männlichen Erwerbstätigen. (2) Seeblockade verringerte Importvolumen u. zwang zur Entwicklung von Ersatzprodukten.

b. Monetäre Folgen: Der Zusammenbruch des Goldstandards. 1914 wurde in den meisten Ländern die Konvertibilität von Papiergeld in Gold eingestellt → Spielraum für Zentralbanken zur Kreditschöpfung, da kein Goldabfluss befürchtet werden muss.

c. Die Kriegsfinanzierung. (1) *Ansatz.* Geringe Bedeutung von Steuererhöhungen: Erhöhung der Umsatzsteuer u. Kriegsgewinnsteuer deckten 14% der Kriegsfinanzierung. Gründe: Das Reich verfügte über keine eigenen Steuern; Zölle fielen wegen der Handelsblockade durch die Alliierten weitgehend aus; die Erhöhung des Steueraufkommens ist kurzfristig unmöglich (Gesetzgebungsverfahren, Verzögerung bis zum Eingang der Steuern; gleichzeitig glaubte man an einen kurzen Krieg). Die Verschuldung im Ausland schied wegen des Kriegs aus. Angesichts von Hoffnungen auf Reparationen nach einem gewonnenen Krieg (Rückbezug auf Krieg gegen Frankreich 1870/71) baute die Finanzierung auf eine Mischung von Krieganleihen u. Reichsbankkrediten. – (2) *Kriegsfinanzierung 1914–1916.* Mobilmachung wurde über Reichsbankkredit finanziert. Danach jeweils September u. März Verkauf von Krieganleihen an Private. Kredite der Reichsbank finanzierten die zeitliche u. nominelle Differenz zwischen Anleiheerlösen u. Kriegskosten. Krieganleihen konnten bei Darlehenskassen in Bargeld eingetauscht werden → Dezentralisierung der Geldschöpfung, beschränkte Abschöpfung der Kaufkraft der Wirtschaftssubjekte, Inflationsgefahr. – (3) *Kriegsfinanzierung 1916–1918.* Die Kriegsausgaben stiegen so stark an, dass sie nur noch z. T. durch Krieganleihen gedeckt werden konnten → starker Anstieg der Reichsbankkredite.

d. Folgen der Art der Kriegsfinanzierung. (1) Staatsverschuldung ca. 100 Mia. Mark (NSP 1913 54 Mia. Mark). – (2) Zentralbankkredite implizieren eine Ausweitung der Geldmenge, was seinerseits einen inflationären Impuls nach sich zieht. Ende 1913–Ende 1918 stiegen Konsumgüterpreise um den Faktor 2,45, also mit durchschnittlicher Inflationsrate von ca. 20%.

2. Wirtschaftliche Folgen des Ersten Weltkriegs

a. Verluste. Verlust von 13% der Fläche, 10% der Bevölkerung, 68% der Zink-, 75% der Eisenerz- u. 26% der Steinkohlenförderung; Abgabe von 90% der Handelsflotte → Fortdauer von Versorgungsproblemen; Verlust von Dienstleistungsexporten.

b. Nahrungsmittelversorgung. Die Produktion der Landwirtschaft fiel in den Kriegsjahren um ca. 40–45%; nur noch ca. ½ des Bedarfs konnte aus Eigenproduktion gedeckt werden. Hauptproblem war die Düngierzufuhr; wegen Devisenknappheit blieb dieser Engpass bestehen; erst im September 1923 Ende der Rationierung von Brot.

c. Reparationen. Der Versailler Friede forderte dt. Reparationszahlungen, legte aber keine Höhe fest. 1921 Festlegung einer hohen Reparationssumme von 132 Mia. Goldmark u. Forderung der Aufnahme sofortiger Zahlungen, der mit der Ruhrbesetzung 1923 Nachdruck verliehen wurde. Neuregelung 1924 mit Dawes-Plan.

3. Hyperinflation (HOLTFRERICH 1980; FELDMAN 1993)

a. Phasen. (1) *Anfänge im Krieg 1914–1918* (§1.d). – (2) *Inflationäre Instabilität (1919 bis Juni 1922).* Hohe u. schwankende Inflationsraten, relative Stabilität (sowohl Inflationsrate als auch Wechselkurs der Mark) nach Kapp-Putsch im Frühjahr 1920 bis zum Londoner Reparationsultimatum im Mai 1921. Ursachen der Stabilisierung: Politische Stabilisierung, Vertrauensgewinn durch Erzbergers Steuerreform. Sinkende Kassenshaltung durch Vertrauensverlust ab Sommer 1921, bedingt durch hohe Reparationszahlungen. – (3) *Hyperinflation (Juli 1922 bis Nov. 1923).* (i) Starker Anstieg der Inflationsrate; (ii) deutlich sinkende Bereitschaft zur Kassenshaltung (Geld verliert Funktion des Zahlungsmittels). Ursachen: Politische Instabilität (Ermordung Rathenaus; Besetzung des Ruhrgebiets durch Frankreich und Belgien – Ruhrkampf); eingeschränkte Möglichkeit zur Kreditaufnahme des Reiches im Ausland; Kapitalflucht, bes. ausländischer Anleger. – (4) *Stabilisierung (Nov. 1923 bis Aug. 1924).* Preise sanken um 16%; Wechselkurs Rentenmark/US\$ reduzierte sich von 270 auf 132.

b. (Statische) Erklärungen der Zeitgenossen. (1) *Quantitätstheorie* (zeitgenössische Vertreter: Walter Eucken, Gustav Kassel). Inflation wird durch zu niedrige Zinsen u. Budgetdefizite des Staates verursacht, die mit Hilfe von Zentralbankkrediten gedeckt werden. Geldschöpfung schafft zusätzliche Nachfrage, der kein gewachsenes Angebot gegenübersteht. Folgen sind Preissteigerungen, Defizit in der Handelsbilanz, Verfall des Wechselkurses. – (2) *Zahlungsbilanztheorie* (zeitgenössische Vertreter: Karl Helfferich, Walter Rathenau). Verlust des Außenwerts führt zu Inflation. Implizit wird angenommen, dass Export- u. Importvolumen preiselastisch sind (protektionistische Außenhandelspolitik der USA; »unverzichtbare« Lebensmittel- u. Rohstoffimporte Deutschlands). Reparationen u. Importüberhang führen zu chronischer Devisenknappheit. Da eine Einkommensverringering politisch nicht durchsetzbar ist, muss die Zentralbank die Wirtschaft mit Liquidität ausstatten, mit der unverzichtbare Devisen nachgefragt werden können. Zusätzliche Geldmenge führt dann zur Inflation.

c. Inflationsspirale. Die Thesen von §3.b können inflationären Impuls, nicht aber Übergang von Inflation in Hyperinflation erklären. Neuere Ansätze richten das Augenmerk primär auf den Übergang von Inflation zu Hyperinflation. (1) Ausgangspunkt: *Steuerreform von Erzberger* (1920). (i) Ersatz der bisherigen Einkommenssteuern der Länder durch entsprechende Steuer des Reiches; (ii) Einführung einer Körperschaftsteuer u. Lohnsteuer; (iii) Reform der Finanzverfassung, welche die Position des Reichs stärkte

(Reichsanteil an Steuereinnahmen stieg von 30 auf 39%, Länderanteil sank von 30 auf 23%). – (2) Allerdings *Rückgang der realen Steuereinnahmen ab Sommer 1921*: (i) Inflation vermindert realen Wert der Steuereinnahmen, weil zwischen Eingang des Steuerbescheids u. der Zahlung eine Verzögerung besteht. (ii) Kosten (und damit Staatsausgaben) entwickeln sich dagegen im Gleichschritt zur Inflation → Inflation erhöht das reale Defizit des Staates, das wiederum nur durch die Reichsbank finanziert werden kann → steigende Inflation, *Inflationsspirale*. – (3) *Empirische Relevanz der These der Inflationsspirale*. In 4 Quartalen 1922, als die Fiskalpolitik relativ stabil war, wäre auch ohne Inflation ein Budgetdefizit zustande gekommen, allerdings in geringerem Umfang als die Reparationszahlungen dieses Jahres → Unfähigkeit, Reparationen aus Steuern zu finanzieren, stellt zentrale Ursache der Hyperinflation dar.

d. Inflationserwartungen und Liquiditätspräferenz. Erwarten Wirtschaftssubjekte steigende Inflation, so nimmt ihre Neigung Liquidität zu halten ab; das Ausgeben überschüssiger Liquidität bewirkt einen inflationären Impuls, der sich über Mechanismus 3.c fortsetzen kann. Tatsächlich führte das Londoner Ultimatum zu deutlich sinkender Liquiditätspräferenz (gemessen z. B. an Geldmenge / Preisindex = reale Geldmenge). Fazit: Relevanz der Reparationsfrage für die Bildung von Inflationserwartungen.

e. Makroökonomische Folgen. (1) *Produktionsentwicklung*. Im internationalen Vergleich 1919–1921 günstige Entwicklung der Industrieproduktion. Gründe: Realer Wechselkurs der Mark fiel; Reallöhne waren niedrig; reale Finanzierungskosten der Unternehmen sanken durch Inflation. – (2) *Arbeitslosigkeit*. Zunächst niedrige Arbeitslosigkeit, ab Mitte 1922 jedoch steigend. – (3) *Zunehmende Friktionen*. Mit dem Übergang zur Hyperinflation zunehmende Behinderung der Produktionstätigkeit durch Horten (Landwirte verweigerten den Verkauf der Ernte → Versorgungsprobleme u. Konsument*innenproteste; GEYER 1990) u. steigende Transaktionskosten (Anekdote: Frauen warteten am Zahltag auf Männer vor dem Fabriktor, um das Geld rasch ausgeben zu können).

f. Verteilungswirkungen. (1) *Funktionale Einkommensverteilung* (Gliederung nach Art der Einkommensentstehung), gemessen am Anteil am Volkseinkommen 1913 bzw. 1925. Opfer der Inflation waren v. a. Besitzer von Kapitalvermögen sowie Einkommensempfänger aus Vermietung u. Verpachtung: Rückgang von 12,5% auf 2% bzw. von 2% auf 0,9% (1925). Dagegen stieg der Anteil der Löhne u. Gehälter von 45% auf 56%, Einkommensanteil der Unternehmen blieb konstant (ca. 20%). Hauptgewinner der Inflation war der Staat: Nach der Währungsreform betrug der *reale* Wert der Kriegsausgaben noch 0,15 Mark. – (2) *Personelle Einkommensverteilung* (Gliederung nach Einkommensklassen). Starker Bedeutungsverlust der höchsten Einkommensklassen, demgegenüber Bedeutungsgewinn der mittleren Einkommensklassen → Inflation wirkte nivellierend auf Einkommensverteilung.

4. Die Stabilisierung

a. Maßnahmen. Ab Okt./Nov. 1923 galt die Rentenmark als zweites Zahlungsmittel in Deutschland. Sie konnte zu einem Kurs von 1: 4,2 Bio. Mark umgetauscht werden (US\$-Parität von 1914). Das Vertrauen der Wirtschaftssubjekte in die neue Währung wurde

geschützt durch (1) Deckung der Rentenmark durch Grundschuld von Grundbesitzern, Wechseln der gewerblichen Wirtschaft u. Gold; (2) Ende der zentralbankfinanzierten Budgetdefizite des Staates; (3) Stabilisierung des Staatshaushalts u. a. durch Entlassungen bei Reichsbahn u. Post. – Im August 1924 erfolgte die Ablösung von Rentenmark u. alter Mark durch Reichsmark [RM].

b. Ursachen der späten Stabilisierung. Vor dem Hintergrund der Ergebnisse von §3.c/d liegt die Ursache der Hyperinflation in der Unfähigkeit, Einigung über die Lastenverteilung der Reparationen zu erzielen. Eine Einigung wurde erst dann erzielt, als die Kosten des Konflikts zu hoch wurden. Die Zersplitterung der politischen Macht (s. u. zu ZAG) erschwerte die Einigung.

c. Gruppen von Akteuren. (1) *Schwache Regierungen*. 1919–1923 brüchige, heterogene Koalitionen aus SPD, Zentrum u. gemäßigten bürgerlichen Parteien; einzelne Kabinette konnten sich meist nicht einmal ein Jahr halten. Die Regierungsarbeit wurde belastet durch die Frage der Erfüllung der Versailler Verträge (Reparationsleistungen; Abrüstung) sowie die Gegnerschaft der nationalen Rechten (»Dolchstoßlegende«). – (2) *Die Zentralarbeitsgemeinschaft* (ZAG, 1918–1924). Der 1. WK stärkte die Rolle von Kartellen, Verbänden u. Gewerkschaften, da Rohwaren, Halbfabrikate u. Arbeitskräfte z. T. durch sie zugewiesen wurden. In den Revolutionswirren im Nov. 1918 *Stinnes-Legien-Abkommen* zwischen Spitzenfunktionären der Arbeitgeberverbände u. der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Hauptinhalte: Anerkennung der Gewerkschaften als Tarifpartner, Reintegration der Frontheimkehrer in den Arbeitsmarkt durch gemeinsame Ausschüsse, 8h-Tag, Gründung der ZAG. Diese diente als Aushandlungsorgan für Tarifverträge sowie zur Beratung allgemeiner wirtschaftlicher Fragen, die von beiden Seiten von Belang waren. Ansatz zu Korporatismus (organisierte Interessen gestalten Wirtschafts- u. Sozialpolitik weitgehend ohne Politik u. Staat). In der Stabilisierung von 1924 zerbrach die ZAG. – (3) *Unternehmer*. Interesse am Fortgang der Inflation, weil sie niedrige Reallöhne, Wechselkursvorteil u. geringe Realzinsen garantierte. Mit Hyperinflation verminderten Lohnindexierung u. Bedeutungsverlust der Mark als Zahlungsmittel die Gewinne. – (4) *Arbeitnehmer*. Nach anfänglichen Reallohngeinnen (vgl. §3.e) führten zunehmende Arbeitslosigkeit u. Versorgungsprobleme zu Nachteilen.

Zitierte Literatur

- FELDMAN, Gerald D.: *The great disorder: politics, economics, and society in the German inflation: 1914–1924* (New York: Oxford University Press, 1993).
- GEYER, Martin H.: »Teuerungsprotest, Konsumentenpolitik und soziale Gerechtigkeit während der Inflation«, *Archiv für Sozialgeschichte* 30 (1990), 181–215.
- HARDACH, Gerd: *Der Erste Weltkrieg* (München: dtv, 1973).
- HOLTFREYER, Carl-Ludwig: *Die deutsche Inflation 1914–1923* (Berlin: de Gruyter, 1980).
- RITSCHL, Albrecht: »The pity of peace: Germany's economy at war, 1914–1918, and beyond«, S. 41–76 in Stephen Broadberry und Mark Harrison (Hg.), *The economics of World War I* (Cambridge: Cambridge University Press, 2006).